

Staatsstreich in Zeitlupe

Österreichs Entführung nach "Europa"

Andreas van de Kamp

9. KAPITEL: WARUM EIN EU-BUNDESSTAAT NICHT DEMOKRATISCH SEIN KANN

„Keinesfalls haben die Vertreter des Volks die Befugnis, sich von dem Willen des Volks durch Bündnisverträge unabhängig zu machen. Dadurch versuchen sie, die Souveränität des Volkes an sich zu ziehen. Das ist Verrat am Volk.“ Karl Albrecht Schachtschneider

„Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.“ Ludwig Wittgenstein

Volkssouveränität - was ist das?

"Nach der Abstimmung gibt es eigentlich nur einen Satz zu sagen: Verstanden. Der oberste Chef, die Bevölkerung, der Souverän, hat entschieden. Es wird gemacht, fertig. Alles andere schert nicht." Christoph Blocher, SVP, 9.2.2014

Ein kleiner Staat in den Ostalpen und die großen Vereinigten Staaten haben wenigstens ein gemeinsames Merkmal: beide sind Republiken und beide leiten sie ihre Existenzberechtigung davon ab, dass ihre Politiker den Willen der Staatsbürger vollziehen. „Nach modernem westlichem Verständnis ist die Republik eine Herrschaftsform, bei der das Staatsvolk höchste Gewalt des Staates und oberste Quelle der Legitimität ist“, definiert Wikipedia.¹

Das Prinzip, das dieser Herrschaftsform zugrunde liegt, heißt „Volkssouveränität“. Als deren Erfinder gilt Jean-Jacques Rousseau, ein Philosoph der Aufklärung, der mit seiner Theorie den Machtideologien des Mittelalters den Boden entzogen hat. Die Volkssouveränität unterscheidet sich nicht nur von diesen, sondern auch von der in der frühen Neuzeit vorherrschenden Lehre, der sogenannten Fürstensouveränität, mit der z.B. der englische Philosoph Thomas Hobbes die unumschränkte Macht absoluter Herrscher begründet hat.

Es gibt heute keinen demokratischen Staat, der seine Existenzberechtigung auf eine andere Weise ableitet. Trotzdem existieren viele Politiker, die die Volkssouveränität als etwas Altmodisches, von der Entwicklung Überholtes darstellen, obwohl sie ihr Amt ausschließlich auf dieser Grundlage erlangt haben. Neuerdings aber begründen sie ihre berufliche Daseinsberechtigung aber damit, dass in der Politik heute alles furchtbar kompliziert geworden sei und in anspruchsvollen internationalen Verhandlungen vereinbart werden müsse (für die nicht jeder dahergelaufene Klugscheißer geeignet ist). Der Modebegriff, mit dem dies umschrieben wird, lautet „international governance“.

Diese Politiker tun oft so, als würden sich unabhängige, souveräne Staaten gewohnheitsmäßig nicht an Verhandlungslösungen beteiligen, als könnten sie sich auf Kosten ihrer Nachbarn

¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Republik>

ständig schrankenlose Freiheiten herausnehmen.

Wenn die Behauptung wahr wäre, dass selbstständige Staaten von Natur aus rücksichtslos handeln, würde das tatsächlich zu ständigen Konflikten oder gar Kriegen führen. Ein solches Verhalten ist aber eines, das eher die Ausnahme als die Regel darstellt, auch unter Akteuren, die die Folgen ihrer Politik nicht direkt und sofort vor ihrer „Basis“ verantworten müssen.

Das gilt selbst für scheinbar allmächtige Player wie die heutigen USA, die der militärisch stärkste Staat der Weltgeschichte sind. Auch die USA können nur in Einzelfällen "unilateral handeln" und müssen - wenn sie es tun - einen Preis dafür bezahlen. Für Politiker stellt "unfriedliches" Verhalten - stärker als früher - ein schwer beherrschbares persönliches Risiko dar.

Ein gutes Beispiel für das beliebte „Strohmannargument“ gegen die moderne staatliche Souveränität (vulgo Volkssouveränität) ist eine Aussage des deutschen Finanzministers vor einem Banken-Symposium im Jahr 2011: „Das war die alte Ordnung, die dem Völkerrecht zugrunde liegt mit dem Begriff der Souveränität, die in Europa längst ad absurdum geführt worden ist, spätestens in den zwei Weltkriegen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts (...) Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“²

Diese Worte Wolfgang Schäubles sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst einmal, weil sie die Äußerung eines Politikers sind, dessen Land bis heute keinen Friedensvertrag hat und noch immer unter Besatzungsrecht steht. Dieses Thema rühren in der deutschen Öffentlichkeit nur die Rechten und die Linken an.³

Schäubles Aussage wirkt, als würde er das Beispiel eines besetzten Landes zum Basisszenario für eine moderne Staatenordnung erklären.

Zweitens scheint er irgendwie nahezulegen, dass es das (deutsche) Bestehen auf nationale Selbstbestimmung gewesen ist, das in den Zweiten Weltkrieg geführt hat, der den europäischen Kontinent verwüstet hat. Das wäre eine interessante geschichtspolitische Aussage.

Der dritte Aspekt interessiert hier am stärksten: Schäubles Aussage ist nichts weniger als die Aufkündigung jenes ungeschriebenen Vertrags, den nationalen, demokratischen Berufspolitiker mit dem Volk geschlossen haben, das sie gewählt hat. Eines Vertrages, dem Schäuble seine Funktion und den Umstand verdankt, dass ihm jeder zuhört, auch wenn er Unsinn quatscht. Auch dieser nicht kodifizierte Vertrag ist ein zentrales Element der "alten Ordnung", von der Schäuble nichts mehr wissen will.

Noch steht die Doktrin der alten Ordnung in allen europäischen Konstitutionen an vorderster Stelle. Beispielsweise hierzulande: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“, heißt es im ersten Artikel der Bundesverfassung.

Diese Verfassung entstand nach dem Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie und sie ist seither mit einer Unterbrechung von elf Jahren wirksam. Dazwischen wurde sie kurzfristig durch die „Maiverfassung“ eines christlichsozialen Regimes ersetzt, in der ein metaphysisches Wesen Ursprung der rechtmäßigen Herrschaft war. Ihr Einleitungssatz lautete: „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für

² <http://www.youtube.com/watch?v=Cr03QY9qSIE>

³ http://www.youtube.com/watch?v=_yVCiwtWots

seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung."

Von 1938 bis 1945 galt in der Ostmark die deutsche Verfassung, die eigentlich noch eine demokratische war. Das war aber nur in formaler Hinsicht so, denn Hitler regierte mit Verordnungen und mithilfe eines Ermächtigungsgesetzes ("Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich").⁴ Nach dem Ende der Naziherrschaft knüpfte das neue Österreich wieder an die vor dem Ständestaat gültige Verfassung an.

Der Vater der Volkssouveränität ist mit seinem Gedankenansatz übrigens auf ein Problem gestoßen, das er nicht bewältigen konnte, vermutlich, weil es dafür auch keine ideale Lösung gibt. Dieses Problem betrifft praktisch alle modernen Staaten. Es besteht darin, dass das Volk die Herrschaft über sich selbst höchstens in seltenen Ausnahmefällen ausüben kann, weil es noch Tausende andere Dinge zu tun hat, die für das Überleben noch vordringlicher sind - zum Beispiel sich zu ernähren und zu kleiden.

In überschaubaren politischen Einheiten, wo jeder jeden kennt, ist diese Schwierigkeit noch leicht zu beheben. In diesem Fall - so stellte sich der Philosoph das vor - würde die Volksversammlung ständig tagen und könnte die Regierungsgeschäfte sozusagen nebenher erledigen. Darum erblickte Rousseau in der Mittelmeerinsel Korsika auch das ideale Versuchslabor für seine Idee. Die Volkssouveränität, räumte er ein, könnte am leichtesten in kleinen Staaten realisiert werden, "die geographisch vor einer Invasion geschützt waren und deren Wohlstand mehr oder weniger gleich zwischen Bürgern verteilt war, die ihre politische Freiheit hoch schätzten".⁵

Weil die Verhältnisse aber selten so günstig waren wie im (ohnedies imaginären) Fall von Korsika, musste jene repräsentative Demokratie geschaffen werden, die heute der Normalfall ist. In ihr werden die alltäglichen politischen Entscheidungen von Abgeordneten getroffen. Um ihren Job rechtmäßig auszuüben, sind diese aber letztlich den Wählern verpflichtet, deren Willen sie vollziehen müssen. Rousseau lehnte dieses repräsentative Modell ab, weil es die Souveränität der Bürger beschränkt und der Selbstherrschaft des Volks zuwiderläuft.⁶

Dass die Abgeordneten den allgemeinen Willen vollziehen, ist also Theorie. Die heutige Praxis sieht anders aus. In der heutigen Praxis ignorieren die Abgeordneten den Willen der Wähler oft und beugen sich jenem ihres Klubobmanns, also dem Willen der Partei, die sie aufgestellt hat. Sie tun das, weil sie fürchten, sonst bei der nächsten Wahl nicht mehr auf die Kandidatenliste zu kommen. Man nennt das Klubzwang oder Fraktionsdisziplin. Es ist die Grundursache für die Verselbstständigung der Politikerklasse.

Die Politiker haben aber kein Mandat einer Partei, sondern das eines des Staatsvolks. Das sind (im engeren Sinn) die mit einem Stimmrecht ausgestatteten Wahlbürger, die im Regelfall die große Mehrheit der "Gewaltunterworfenen" eines Staates darstellen. Es ist der eigentliche Träger der Volkssouveränität.

Der eigentliche Träger der Volkssouveränität ist aber die Gesamtheit der (potenziellen) Wähler, das Staatsvolk. Ein solches entsteht nicht in den Archiven der Wahlbehörde, sondern es bildet sich über einen längeren Zeitraum, über gemeinsame historische Erfahrungen, Kommunikations- und Identifikationsprozesse in Medien (z.B. auch Sport), aber auch z.B. in

⁴ www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/ermaechtigungsgesetz/

⁵ Robert Wokler, Rousseau, S. 82

⁶ Ebd. S. 18

Vereinen und anderen „Teilöffentlichkeiten“ heraus.

Um ein europäisches Volk entstehen zu lassen, müsste es quer durch die Gesellschaft und quer durch die Nationen Medien, Institutionen und Vereine geben, die im Lauf der Jahrzehnte ein Wir-Gefühl wachsen lassen.

Zur Schaffung eines europäischen Unionsvolks reicht es also keinesfalls aus, jeden Bürger eines Mitgliedsstaats zum "Unionsbürger" zu erklären. Seine Entstehung könnte auf die Schnelle wohl nur unrechtmäßig und gewaltsam über die Bühne gehen und selbst dann wäre dieses Volk bloß eine von einem "Eroberer" genährte Fiktion.

Als "Abkürzer" könnte man höchstens Volksabstimmungen diskutieren, in denen die Bürger der Einzelstaaten dafür stimmen, in einem größeren Ganzen aufzugehen. Doch selbst dieser Gedanke ist umstritten. Manche Juristen meinen, dass damit etwas zur Disposition gestellt würde, worüber man rechtmäßig gar nicht abstimmen lassen könne. Immerhin würde mit Abstimmungsergebnissen ein mächtiges politisches Faktum geschaffen.

Sprachlich gesehen ist ein Staatsvolk im Regelfall relativ „homogen“. Das muss aber nicht immer der Fall sein. Auch wo das nicht zutrifft, kann es politische Freiheit und „Partizipation“ geben, beispielsweise in der Schweiz oder in Kanada. Es macht aber die Ausgangsbedingungen schwieriger – schon deshalb, weil der Aufwand, mehreren Staatsvölkern gleiche Chancen in und gleichen Zugang zu den öffentlichen Bereichen zu bieten, hoch ist. Selbst dort, wo es noch am besten klappt, unterscheidet sich die Wirklichkeit oft krass vom idealisierten offiziellen Selbstbild mehrsprachigen Zusammenlebens. Kanadier, Belgier und auch Schweizer können ein Lied davon singen.

Eines ist jedenfalls klar: Der sprachlichen Zersplitterung sind in der Praxis Grenzen gesetzt - wenigstens in einem demokratischen Staatswesen. Kein Problem stellte das Ganze im Mittelalter dar, als ein Fürst viele Untertanen mit unterschiedlichen Sprachen haben konnte. Im Privatleben sprach der hohe Adel ohnedies Französisch und für die Verwaltung seiner Territorien hatte er sprachkundige Vögte und Richter. Für die gelegentlichen politischen Versammlungen oder Audienzen ließen sich Übersetzer auftreiben.

In den aktuellen österreichischen Parteiprogrammen ist von solchen grundsätzlichen Erwägungen zur Demokratie nichts mehr zu sehen. Eine Menge wird von verschiedenen Erscheinungsformen (und Scheinformen) von Demokratie geredet, nicht aber, wie sie diese Herrschaftsausübung begründet wird und wer im Zweifelsfall das Sagen hat: die Berufspolitiker oder die Bürger.

Das ist bezeichnend, aber nicht wirklich überraschend. Denn es sind Dokumente einer Klasse von Berufspolitikern, die nicht daran interessiert ist, ihre Macht allzu stark einzugrenzen.

Die ÖVP erklärt, sie trete für die repräsentative Demokratie ein, stellt diese in ihren Grundsätzen aber an die vorletzte Stelle und gibt der Passage die Überschrift "Mitwirkung" - als ob es nicht um das wichtigste Bauprinzip der Verfassung ginge, sondern um ein Zugeständnis, das die Politiker den Bürgern eingeräumt hätten. Die Hackordnung der parlamentarischen Demokratie beschreibt die ÖVP folgendermaßen: Rechtsstaat, Parteien, Kammern, Verbände und zuletzt die "direkte demokratische Mitwirkung der Bürger bei wichtigen Fragen". Der Begriff Neutralität, ein für das Identitätsgefühl der Österreicher bestimmendes Element, kommt

im aktuellen ÖVP-Parteiprogramm nirgendwo vor.⁷

Die Sozialdemokraten sprechen zwar viel von Mitbestimmung und Teilhabe, von der Selbstbestimmung des Volks gegenüber den eigenen Politikern und fremden Staatsvölkern ist aber nicht die Rede.⁸ Nur die Freiheitlichen nehmen den Begriff in den Mund, erläutern aber nicht, was sie darunter verstehen. Sie sind zum Beispiel für eine Außenpolitik, „die sich an der Sicherung der Souveränität Österreichs und dem Ziel des Schutzes der Freiheit seiner Bürger orientiert“.⁹

Klarerweise können weder staatliche Souveränität nach außen noch die Herrschaft der Mehrheit nach innen absolute Werte sein, wie jeder herausfinden kann, der nur eine Minute darüber nachdenkt: Würden 51 Prozent der Stimmbürger beschließen, den Nachbarstaat zu überfallen oder eine Minderheit zu enteignen oder gar auszurotten, wäre das natürlich nicht deswegen rechtens, weil die Mehrheit es so will.

Die Souveränität der Staatsvölker begründet kein absolutes Recht auf die Umsetzung des Mehrheitswillens. Dass diese Grenzen kennt, heißt aber nicht, dass sie eine unbrauchbare politische Ordnungsvorstellung wäre.

Aber auch das Individuum hat Rechte, zum Beispiel auf sein Leben, seine Freiheit und sein Eigentum. Ebenso wie eine Nation¹⁰ das Recht hat, zu bestimmen, wen sie unter welchen Umständen in die Gemeinschaft aufnehmen möchte, muss der einzelne entscheiden dürfen, wo er nicht leben will. Er muss auswandern dürfen - ohne sich dafür rechtfertigen oder sein rechtmäßig erworbenes Eigentum zurücklassen zu müssen. Denn dass eine Gemeinschaft selbstbestimmt und demokratisch agiert, heißt nicht automatisch, dass sie klug oder gerecht handelt. Deshalb hat „jeder das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen“.¹¹

Revolution von oben

Auch die Grünen haben ihre Überlegungen zur Souveränität angestellt und wie sich diese zu einem demokratischen System verhält. Schon vor etwa 15 Jahren haben sie ihre ursprüngliche Haltung zur europäischen Union EU um 180 Grad verändert. In ihrem heute noch gültigen Programm gehen sie noch "vom Volk als Souverän und von der Freiheit und Gleichheit aller BürgerInnen aus."¹² Für sie stellt der Nationalstaat "historisch jene Staatsform dar, in der die Demokratie zum ersten und einzigen Mal verwirklicht wurde". Von diesem wollten sie allerdings schon zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Programms loskommen.

Seither ist aber eine Menge Wasser die Senne¹³ hinuntergeflossen. Die Grünen treten heute ohne besondere Einschränkungen für "Vereinigte Staaten von Europa" ein, die ihrer Meinung nach zu "mehr Demokratie und Solidarität" führen werden. Von einem "Volk", das sie früher als bis dato einzigen Träger der Demokratie identifiziert haben, wollen sie heute nicht mehr sprechen. Sie ziehen den Begriff "Bevölkerung" vor. Der Unterschied wird nach außen nicht

⁷ Grundsatzprogramm 1995

⁸ Parteiprogramm 1998

⁹ FPÖ-Parteiprogramm 2011

¹⁰ oder jeder andere Träger von Volkssouveränität; Nationen sind veränderlich

¹¹ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 13

¹² Grundsatzprogramm 2001

¹³ Fluss bei Brüssel

offensiv erklärt, ist aber aus ihrer politischen Praxis ersichtlich. Es geht ihnen um die Wohnbevölkerung innerhalb eines bestimmten Territoriums - ohne dass diese gemeinsame kulturelle Merkmale aufweisen müsste.¹⁴

Weil kulturelle oder sprachliche Gemeinsamkeiten für sie keine relevante Kategorie darstellen, haben die die Grünen auch mit den von den Konservativen befürchteten kulturellen Auswirkungen eines großen Einheitsstaates kein Problem. Dazu kommt, dass ein zentralisiertes und bürokratisiertes Konglomerat für ihre politische Klientel - relativ junge, relativ sprachenkundige Menschen mit Hang zu Staatsjobs - ein echtes El Dorado wäre.

Dort, wo die ehemaligen Großparteien heute noch taktisch herumdrucksen, sprechen die Grünen offene Worte. Allein deshalb lohnt es sich, ihre europapolitischen Aussagen näher anzusehen. Im Internet¹⁵ lassen sie ihre potenziellen Wähler einen Blick in ihre Gedankenwelt tun.

Die EU soll künftig ein echtes parlamentarisches Zweikammersystem bekommen, in dem der Rat - also die Nationalstaaten - die Rolle einer Ländervertretung übernimmt. Auf österreichische Verhältnisse umgelegt, würde dies bedeuten, dass die nationalen Minister die Rolle von Bundesräten übernehmen und zur bloßen politischen Kulisse degradiert würden.

Das EU-Parlament soll nach den Vorstellungen der Grünen in eine vollwertige Abgeordnetenversammlung verwandelt werden, die ihrerseits die Kommission wählt - gerade so wie der österreichische Nationalrat die österreichische Regierung wählt. Der künftige Kommissionspräsident käme dann aus dem Parlament und eine auf diese Weise bestellte Kommission wäre eine "echte Regierung" für die 28 EU-Mitglieder.

Über die anstehenden "weitreichenden Integrationsschritte" soll nicht etwa in nationalen, sondern in europaweiten Volksabstimmungen befunden werden. Das ist im Prinzip derselbe Kurs, wie ihn die österreichische Regierungskoalition fährt, er wird nur offener ausgedrückt. Die Grünen schreiben unzweideutig hin: europaweite Volksabstimmungen.

Die letzte Entscheidung über Vertragsänderungen sollen die nationalen Regierungen auf Basis einer sogenannten "doppelten Mehrheit" haben. In diesem Abstimmungsverfahren gilt ein Vorschlag als angenommen, wenn jeweils eine (qualifizierte) Mehrheit der Bevölkerung und eine Majorität von Staaten für den Vorschlag votieren.

Bei europaweiten Volksabstimmungen können kleinere Völker wie die Österreicher leicht überstimmt werden. Selbst wenn drei Viertel der Wahlbevölkerung eine bestimmte Meinung hätte und auch an der europaweiten Volksabstimmung teilnehmen würden, wären die fünf Millionen Stimmen nur ein Tropfen im Meer von 400 Millionen Wahlberechtigten.

Ähnliches gilt ab 2014 für Entscheidungen im Rat. Wenn z.B. Deutschland, Frankreich, Polen und Italien weitere Zentralisierungen durchsetzen wollten und dabei eine Handvoll kleinerer Staaten "kauften" - z.B. durch das Versprechen eine Behörde dorthin zu verlegen - wäre die Sache gelaufen. Die doppelte Mehrheit wäre erreicht. Die Großen würden dafür sorgen, dass die (im Rat) benötigten 65 Prozent der "Köpfe" zusammenkommen, und über die "bestochenen" kleinen Staaten könnte die einfache Mehrheit der Staaten erreicht werden.¹⁶

¹⁴ Zum Unterschied zwischen diesen scheinbar identischen Begriffen siehe Wikipedia-Eintrag zu einer Skulptur, die im deutschen Bundestag steht: http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Bev%C3%B6lkerung

¹⁵ http://wien.gbw.at/fileadmin/user_upload/gbw_allgemein/6_PDFs/VSE_Folder_Gruene.jpg

¹⁶ Zu den Abstimmungsregeln nach Lissabon siehe Kapitel "Die süßen Früchte der kleinen Tiere"

Natürlich kann sich eine EU-Mehrheit auch über den Willen großer Völker hinwegsetzen, aber eben etwas schwerer. Wenn sie allein bleiben, können auch große Völker ganz legal gezwungen werden, etwas mitzutragen, was andere ohne oder gegen sie beschlossen haben.

Das Parlament soll nach Meinung der Grünen ein Initiativrecht für Gesetzesvorschläge bekommen, wie dies auch auf nationaler Ebene der Fall ist. Auch diese Forderung sieht wie eine Übung in demokratischer Normalität aus, nur eben auf kontinentaler Ebene. Es läuft auf das (mit Lissabon noch nicht völlig verwirklichte) Grundmodell der Demokratie hinaus: die Herrschaft der 51 Prozent.

Die künftige EU-Demokratie der Grünen ist aus Sicht der kleinen Völker so demokratisch wie ein Fight zwischen einer 70-jährigen Oma und Vitali Klitschko fair wäre. Würden die beiden im Ring gegeneinander antreten, hätten sie zwar theoretisch die gleichen Chancen und Rechte - ein solch ungleicher Kampf wäre aber nach drei Sekunden zu Ende.

Die Grünen treten hier für etwas ein, was sie in anderen Zusammenhängen¹⁷ nie (offen) befürworten würden: die "Waffengleichheit" zwischen sehr unterschiedlichen "Kombattanten" mit ungleicher Gesetzgebung und ungleichen Kräften.

Das erste Manko der Konzeption besteht darin, dass die neuen Befugnisse für das EP und die Unionsbürger natürlich nicht zusätzlich entstünden. Sie würden kein gesetzgeberisches Vakuum füllen, das bis zu diesem Zeitpunkt bestanden hat. Diese Rechte würden an anderer Stelle weggenommen bzw. geschmälert werden.

Das wäre zum Beispiel bei einer europaweiten Volksabstimmung der Fall. Diese brächte zwar neue Befugnisse für das "Unionsvolk", diese würden den nationalen Elektoraten aber einfach weggenommen - zum Beispiel mit dem Hinweis, dass diese dieses ihr Recht ja ohnedies nie (selten) ausgeübt hätten.

Das war aber nur deswegen so, weil die politische Klasse "seinem" Volk kaum jemals erlaubt hat, diese auszuüben. Und obwohl sie diese ständig eingefordert haben ("Die Instrumente direkter Demokratie sind zu schwach"), haben sie mitgeholfen, diese den Österreichern in wenigstens einem wichtigen Fall vorzuenthalten.

Zweitens; es ist wahr: Ein Initiativrecht des EP würde die bisherige Monopolstellung der alten Kommission beeinträchtigen. Das würde noch nicht so viel ausmachen, weil die Kompetenzen, die die heutige Kommission für sich beansprucht, ohnedies auf dünnem Eis stehen. Es gibt heute keine wirkliche demokratische Legitimation für sie. Die bisherige Legitimation dieser Behörde ist "indirekt-indirekt", wie ein Kenner der Materie das einmal formulierte.

Dafür würde die von den Grünen vorgeschlagene, vom europäischen Parlament gewählte "Kommission neu" massiv an Macht gewinnen. Sie würde diese Macht gegenüber den nationalen Regierungen gewinnen - schließlich wäre sie dann eine von einem großen Wahlvolk bevollmächtigte Institution, die beanspruchen könnte, den allgemeinen Willen der EU-Bevölkerung zu repräsentieren. Der Rat der nationalen Regierungschefs und Minister sowie die nationalen Parlamente würden an Bedeutung verlieren.

Dieser Anspruch, den neuen Souverän eines großen "demokratischen" EU-Staats zu vertreten, würde aber trotzdem nicht zu Recht bestehen. Die ganze Konstruktion ließe sich im besten Fall formaldemokratisch nennen. Es gibt wenigstens drei riesige „Pferdefüße“.

¹⁷ Zum Beispiel in der Handelspolitik

Der erste besteht darin, dass der neue "Souverän", das Unionsvolk, keine realistischen Chancen hätte, sich miteinander sprachlich zu verständigen bzw. an einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit teilzuhaben. Damit beschäftigen sich die folgenden Kapitel "Ein glatter Fehlstart" und "Lingua Franca" gesucht.

Der zweite Pferdefuß besteht darin, dass die alten Machthaber ein Kartell gebildet haben, das es neu entstehenden Gruppierungen fast unmöglich macht, sich EU-weit zu organisieren - schon gar nicht solchen, die offensiv gegen das politische Establishment ankämpfen.

Die Gründe dafür haben mit Wettbewerbs- und Organisationssoziologie zu tun und werden im vierten Kapitel erläutert. Nur über die von der EU subventionierten¹⁸, seit Jahrzehnten gesponnenen Netzwerke der Kartellparteien¹⁹ ist eine übernationale politische Organisation problemlos möglich. Neue politische Wettbewerber müssten diese Strukturen erst aufbauen.

Das heißt, der „neue europäische Souverän“ wäre von Anfang an und auf Gedeih und Verderb auf die alte Machthaberer-Kaste angewiesen, die sein Vertrauen grob missbraucht und ihn mit der europäischen Staatenbildung zwangsbeglückt hat. Zu dieser gehören mittlerweile auch die Grünen.

Die von den diesen angestrebte Einführung europaweiter Wahllisten würde, drittens, das letzte Glied zerbrechen, das die Abgeordneten heute noch irgendwie mit ihren Wählern verbindet: die örtliche Zuordenbarkeit des/der Gewählten, die sicherstellt, dass ein Mandatar greifbar sein und sich in einer für seine Wähler verständlichen Sprache artikulieren können muss. Durch europaweite Wahllisten hätte die gerade von den Grünen gern bejammerte Entfremdung der Politiker von ihrer Basis eine neue Dimension erreicht.²⁰

Europaweite Wahllisten unterscheiden sich im Übrigen von der Aufstellung länderübergreifender Spitzenkandidaten, wie dies beim Wahlgang im Mai 2014 erstmals passiert. Hier wird der Versuch einer breitflächigen optischen Täuschung gemacht; einer Täuschung, die - selbst wenn sie nicht gelingt - die Legitimationsbasis der zentralen Institutionen stärkt.

Geändert hat sich praktisch nichts. Bisher haben die nationalen Führer im Bauch der europäischen Volksparteien den Kommissionspräsidenten unter sich ausgehandelt.²¹

Das Europäische Parlament muss seit Nizza dem Verhandlungsergebnis zustimmen und kann den Kandidaten der Regierungschefs (theoretisch) verhindern. Und es hat das Recht, einzelne Mitglieder der neuen Kommission abzulehnen (was im Einzelfall auch genutzt wurde). Das bedeutet, dass beide Seiten einen Kompromiss suchen mussten.

Die Situation nach Lissabon ist nur formal eine andere. Das Parlament darf den Kommissionspräsidenten erstmals wählen - aber auf Basis eines Vorschlags der Regierungschefs. Wie bisher müssen auch jetzt beide Seiten einen Kompromiss suchen.

Der politische Sieger ist aber in jedem Fall der EU-Zentralstaat und der Verlierer ist die Souveränität der Nationen. Die EU-Institutionen, deren Hauptzweck darin besteht,

¹⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Parteienfinanzierung#Europ.C3.A4ische_Union

¹⁹ Siehe dazu Kapitel "Kartell der Glühenden Europäer"

²⁰ Der logische nächste Schritt wäre die Auslagerung der Kommunikation mit den Wählern an ein Call Center in Dublin oder Bangalore.

²¹ Das geschah auf Basis eines viele Jahrzehnte übergreifenden ungeschriebenen Abkommens: "Einmal der Giggel, einmal der Goggel" Nach diesem Muster wäre "jetzt wieder einmal ein Sozialdemokrat als Kommissionspräsident dran". Zum Ausgleich müsste ein Konservativer Parlamentspräsident werden.

Entscheidungsgewalt an sich zu ziehen²², können nach dieser Wahl für sich beanspruchen, ein Mandat vom "Unionsvolk" zu haben.

Beide können einen auf dicke Hose machen. Die bisher nur schwach legitimierte Kommission kann erklären, aus einer freien, gleichen und allgemeinen Wahl hervorgegangen zu sein und das Parlament, dass es jetzt mehr Einfluss habe - natürlich nur "im Namen von und auf Rechnung der Bürger". **Das würde selbst für den Fall gelten, dass sich z.B. nur 35 Prozent an den Parlamentswahlen beteiligten (während die Wahlbeteiligung in den Nationalstaaten doppelt so hoch liegt).**

Doch zurück zu den Grünen. Das "Politikverständnis", das die heutige grüne Europapolitik offenbart, hat nichts mehr mit jenem zu tun, das diese Partei in ihren Anfängen gepflegt hat.

Wie bekannt, war der "anarchistische" Philosoph Leopold Kohr einer der Vordenker der Grün-Bewegung, eine Figur, die - faktisch nicht ganz richtig - mit dem Slogan "Small is beautiful" identifiziert wird. Der Salzburger war für die Zerschlagung der Großmächte und sein wichtigstes Werk trägt den Titel "Der Zusammenbruch der Nationen".

In diesem geht auch Kohr mit den Nationalstaaten streng ins Gericht - aber von einem völlig anderen Ausgangspunkt als die heutigen Grünen. Die Nationalstaaten sind ihm nicht viel zu klein, sondern viel zu groß. Er tritt für die volle politische Selbstständigkeit von ethnisch bzw. kulturell diversen Regionen ein, die ja oft gegen ihren Willen gefangen gehalten werden (Schotten, Basken, Katalanen). "Die Wiedereinführung der Souveränität kleiner Staaten würde nicht nur deren Wunsch nach einer Wiederherstellung ihrer Autonomie Rechnung tragen, sondern auch die Ursachen für die meisten Kriege wie durch Zauberhand zum Verschwinden bringen", erklärt Kohr.²³

Er wollte das genaue Gegenteil dessen, was die grünen EU-Fans heute anstreben: einen zentralen EU-Flächenstaat. Nur dieser - behaupten sie - kann die Europäer vor der Finanzkrise retten. Kohr wollte, dass von den Nationalstaaten unterdrückte "Minderheiten" selbstständig werden. Die heutigen Grünen wollen dagegen, dass nicht einmal die großen Nationalstaaten selbstständig sein sollen (um von den "Minderheiten" in den Nationalstaaten ganz zu schweigen).

Wortreich beschwört ihre Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek den Frieden, die Sicherheit und die Vorteile, die ein solcher Staat "den Menschen" brächte. Doch die zwischen den Zeilen versteckten Botschaften²⁴ verraten, wohin die Reise geht.

Ein kleines Beispiel für diese spurenhafte Botschaften ist, dass sich die grünen Europapolitiker(innen) auf einen Mann berufen, den ein Grazer Soziologieprofessor schlicht als "elitären politisch-bürokratischen Unternehmer und Spin-Doktor" charakterisiert.²⁵

Jean Monnet ist sozusagen der Erfinder dessen, was heute nicht nur in der Europapolitik schief läuft: die ständigen Lügen, das "Bearbeiten" wichtiger Entscheidungsträger mit den Mitteln des Lobbyismus, das vorausschauende Einschleusen angeblicher "ökonomischer Sachzwänge" in die Politik sowie die Verheimlichung politischer Ziele.²⁶

²² Siehe dazu die prägnante Schilderung von Alan Posener im Kapitel "Der Imperialist"

²³ The Breakdown of Nations, Seite 59; <http://de.scribd.com/doc/122296194/Breakdown-of-Nations>

²⁴ Quelle: <http://www.gruene.at/kaiserschmarrn>

²⁵ Max Haller, Die europäische Integration als Elitenprozess, 2009, Seite 108

²⁶ Der Monnet-Methode ist das Kapitel "Der Opa von Europa" gewidmet

Für diese grüne Schizophrenie findet sich im Übrigen ein Parallellfall in Sachen Staatsfinanzierung und Gesellschaftspolitik. Gemeint ist die Bewunderung, die die Ökos für die Lehre von John Maynard Keynes haben, jenes Mannes, der den Satz prägte: "Langfristig gesehen sind wir alle tot." Das war zwar als Bonmot gedacht, die Sentenz charakterisiert aber seine wirtschaftspolitischen Rezepte so prägnant wie keine zweite. Diese bestehen darin, aktuelle Konjunkturprobleme auf eine Weise zu "lösen", die es erlaubt, die negativen Nebenwirkungen in die Zukunft zu verschieben, in der Hoffnung, dass sich die von alleine lösen legen werden.

Keynes bzw. die Politiker, die ihn als Gewährsmann anführen, sind der Meinung, durch die Ausweitung von ungedecktem Geld- bzw. Kredit Probleme mit der Arbeitslosigkeit lösen zu können.²⁷

Der Widerspruch zwischen dieser Haltung und der ursprünglichen ökologischen "Verantwortungsethik" ist augenfällig. Wer ihn trotzdem nicht sieht, braucht den Sager nur mit den Lieblingsthemen der Ökos zusammenführen. Zum Beispiel: "Atomkraft? Langfristig gesehen sind wir alle tot!" oder: "Klimawandel? Langfristig gesehen sind wir alle tot!"²⁸

Doch zurück zur Liebesaffäre der Grünen mit dem "Opa von Europa". In der Politik gilt die Regel, wirklichem Handeln mehr Beachtung zu schenken als programmatischen Erklärungen - "Don't watch, what they say, watch, what they do" - und deshalb könnte die Linie der Europa-Sprecherin ein "Ausreißer" sein, der für die grüne Europapolitik nicht typisch ist.

Das ist aber nicht der Fall und das haben die Ökos spätestens am 9. April 2008 bewiesen. Sie haben damals mit SPÖ und ÖVP für die Übernahme des Vertrags von Lissabon gestimmt²⁹, jenes Abkommens, in dem der von den Franzosen und Niederländern abgelehnte EU-Verfassungsvertrag seine Wiedergeburt erlebt hat. Die Grünen haben damit auch gegen die Abhaltung einer Volksabstimmung über die größte Verfassungsänderung des Landes seit 1995 gestimmt.

Und 2011 und 2012 haben sie der rotschwarzen Regierung ihre Parlamentsmandate "geliehen", als es darum ging, mit Zweidrittelmehrheit die Euro-Rettungsschirme aufzustocken bzw. zu verankern.³⁰

Anders als bei den parlamentarischen Voten über den Vertrag von Lissabon und den Fiskalpakt waren bei den Rettungsschirmen die Stimmen von Glawischnig & Co. entscheidend. Sozialdemokraten und Volkspartei hätten beim ESM allein nicht die politische Kraft aufgebracht, diesen mit der notwendigen Verfassungsmehrheit zu verabschieden.

Die Öko-Partei hat dabei das Zünglein an der Waage gespielt und erstmals direkte Mitverantwortung für die laufende Aufschuldungspolitik der Volksparteien übernommen.³¹

²⁷ "Es gibt kein anderes Heilmittel (gegen die Arbeitslosigkeit) als die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass grüner Käse praktisch dasselbe ist (wie Geld) und zur gleichen Zeit eine Fabrik für grünen Käse in staatlichem Besitz zu haben. Siehe Kapitel "Das Match Gold:SDR"

²⁸ Zum Gegenwartsfetischismus von Keynes siehe z.B. Hunter Lewis, Where Keynes went wrong, 2009, S. 40ff.

²⁹ http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/I/I_00417/index.shtml

³⁰ Siehe Vorwort und Kapitel "Gosplan, Remix"

³¹ Die Finanzschuld des Bundes betrug zu Beginn der Ära Kreisky 12,5, bei deren Ende 33,6 Prozent. Am Ende der Ära Vranitzky (1996) waren es 57,8 Prozent, am Ende der Ära Schüssel (2006) 62,1 Prozent, Ende 2013 waren es etwa 74 Prozent. In diesen Zahlen sind weder die versteckten Schulden von ÖBB und Asfinag noch die der Hypo Alpe Adria enthalten. Als "Zuckerguss" kommen noch die impliziten Staatsschulden dazu, die im Wesentlichen Sozialversprechen sind. Sie sind etwa doppelt so hoch wie die (richtig gerechnete) offizielle Staatsverschuldung.

Auch in der seit 2013 laufenden Legislaturperiode haben es die Grünen (zusammen mit den NEOS) in der Hand, SPÖ und ÖVP in EU-Angelegenheiten zu einer Zweidrittelmehrheit zu verhelfen ("proeuropäische Verfassungsmehrheit"). Einer weiteren Beschneidung der Rechte der österreichischen Staatsbürger und ihres Parlaments steht daher nichts im Weg.

Revolution von unten

Die seltsame Verwandlung, die die EU bei Grünen und Marxisten wie Cohn-Bendit hervorgerufen hat, hat ein Gegenstück auf der anderen Seite des politischen Spektrums. Zutiefst bürgerliche Menschen haben begonnen, sich vor der Staatsgewalt zu fürchten, die ihnen früher als Garant ihrer Sicherheit erschienen ist. Sie haben Angst vor einem planwirtschaftlichen Kapitalismus bekommen, in dessen Vorfahren³² sie einmal die Quelle ihres Wohlergehens erblickt haben.

Nirgendwo kommt das besser zum Ausdruck als bei den sogenannten fünf Professoren, älteren Herren, die seit 20 Jahren gegen die staatliche Selbstaufgabe der Bundesrepublik Deutschland zu Felde ziehen. Einer von ihnen ist konservative Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider.

Dieser sieht von Scheitel bis zur Sohle wie jener bourgeoise Professor aus, der er auch ist. Aber heute agiert er wie ein Revoluzzer wenn er zum verfassungsmäßigen Widerstand gegen die Regierung aufruft: "Jedenfalls hat diese politische Ordnung mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung längst nichts mehr zu tun, und deshalb hat jeder Bürger nach dem Grundgesetz das Recht zum Widerstand."³³

Die Deutschen haben nach Artikel 20 tatsächlich ein verbrieftes Recht, auch gegen staatliche Organe Widerstand leisten zu "dürfen", wenn diese die verfassungsmäßige Ordnung beseitigen wollen. Das gilt natürlich nicht für jede x-beliebige Verfassungsänderung, sondern nur für den Fall, dass unveränderbare Bauprinzipien des Grundgesetzes abgeschafft werden sollen, wie etwa das Demokratieprinzip, der Gleichheitsgrundsatz oder das Souveränitätsprinzip. Wegen des auch (und gerade) in Deutschland laufenden Salami-Putsches der politischen Klasse sieht Schachtschneider diesen Fall als eingetreten an. Er ruft zum gewaltlosen Widerstand auf.

Stellt man ihn heute neben den um fünf Jahre jüngeren Cohn-Bendit, wird klar, dass es auch in Deutschland ein "Bäumchen-Wechsle-Dich-Spiel" gegeben hat. So wie in Österreich Deutsch- und Österreicher-nationalisten die Positionen gewechselt haben, haben in Deutschland die Rechten und die Linken Standorte vertauscht.

Cohn unterstützt, was die deutsche konservative Regierung laufend tut - die Abgabe nationaler Souveränitätsrechte³⁴. Dagegen revoltiert Schachtschneider, weil die Regierung seiner Einschätzung nach versucht, Grundgesetz, staatliche Selbstständigkeit und national verfasste Demokratie abzuschaffen.

Das Widerstandsrecht, von dem hier die Rede ist, ist 1968 bei der sogenannten Notstandsgesetzgebung eingeführt worden und Schachtschneider und Cohn-Bendit sind wohl schon damals "auf verschiedenen Seiten der Barrikade gestanden".

³² "(Soziale) Marktwirtschaft"

³³ <http://juergensaesser.wordpress.com/2011/10/01/schachtschneider-uber-widerstandsrecht-gegen-eu-diktatur/>

³⁴ und kritisiert sie dafür, dass sie das seiner Meinung nach zu langsam und halbherzig tut

Diese Notstandsgesetze wurden 1968 von CDU und SPD mit Zweidrittelmehrheit beschlossen und ihr Ziel war es, Bonn auch in einem schweren Krisenfall regierungsfähig zu halten. Die Gesetze sahen auch Einschränkungen von Grundrechten vor und sozusagen als Gegengewicht wurde das Widerstandsrecht nach Artikel 20 eingeführt.³⁵

Die Studentenbewegung protestierte massiv und war auch durch die Aufnahme des Widerstandsrechts nicht zu besänftigen. Ihr Hauptargument war, dass der Notstandsparagraph zum Einfallstor für einen Diktator werden könnte, der die Regeln der Demokratie aushebeln will.

Der linke Studentenfürer Cohn-Bendit befand sich während des Beschlusses zwar in Paris, aber man kann sich sicher sein, dass er vehement gegen die Gesetze agitiert hat. Wir wissen nicht, wie rechte Jusstudent Schachtschneider zu den Notstandsgesetzen gestanden ist, aber wahrscheinlich verteidigte er diese, das Widerstandsrecht inklusive.

Schachtschneider war schon damals ein konservativ-liberaler Nationalist und der heutige "glühende Europäer" Cohn-Bendit ein sozialistischer Internationalist. Insofern sind sich beide treu geblieben. Ansonsten haben sie aber die Rollen vertauscht. Cohn tritt heute mit aller Kraft für die Revolution von oben ein, Er unterstützt die Abschaffung der europäischen Staaten durch die vereinigten nationalen Regierungsklassen. Schachtschneider proklamiert das verfassungsmäßige Widerstandsrecht von unten (das mit den "gelindesten Mitteln" wahrgenommen werden soll).

Die deutschen Politiker haben seiner Meinung nach nicht das Recht, die unveränderlichen Bereiche der deutschen Verfassung aufzugeben, Er beharrt darauf, dass die letzte Entscheidungsgewalt in einer Demokratie bei den Staatsvölkern liegt. "Wenn ... etwa aus den einzelstaatlichen europäischen Völkern ein Volk der Unionsbürger geschaffen werden soll, müssen sich alle beteiligten Völker dafür durch Volksabstimmungen öffnen." Solange das nicht der Fall sei, gibt es für ihn kein Unionsvolk und damit auch "keinen neuen Träger der Staatsgewalt oder eben Souveränität der Europäischen Union."³⁶

Dass 45 Jahre nach 1968 "Revolutionär und Reaktionär" die Rollen getauscht haben, zeigt sich auch an Schachtschneiders Kritik am Finanzkapitalismus. Sie ist eine "linkere" als die der Grünen, die das Finanzsystem jedes Mal wenn dies erforderlich ist, unterstützen. Für sie repräsentiert es nicht mehr "den Kapitalismus", sondern "das europäische Sozialmodell".

"Die Finanz- wie die Eurokrise sind eine geradezu gesetzmäßige Folge des internationalen Kapitalismus, in dem die Völker und Staaten (...) schutzlos der Finanzindustrie ausgeliefert sind", schreibt Schachtschneider. Die Politik habe dem Finanzkapitalismus, der auf der unbeschränkten Schaffung von immer mehr Kredit beruhe, keine Grenzen gesetzt - auch die europäische Union nicht, die beispielsweise jede Einschränkung des Kapitalverkehrs verbiete. "Der internationale Kapitalismus ist wie die internationale Kapitalverkehrsfreiheit unverbesserlich demokratie- und sozialwidrig. Er ist in einer notwendig auf Kapitaleinsatz beruhenden marktwirtschaftlichen Volkswirtschaft systemwidrig."³⁷

Auch die Art, wie der Rechtsprofessor heute erläutert, warum ein europäischer Bundesstaat noch auf Jahrzehnte hinaus bestenfalls scheindemokratisch sein kann, erinnert frappant an die Demokratiekritik der 68er.

³⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Notstandsgesetze>

³⁶ Karl Albrecht Schachtschneider, Souveränität Deutschlands, S. 199

³⁷ Ebd., S. 241

Als deutscher Jurist beginnt Schachtschneider seine Kritik aber nicht bei Marx, sondern in Karlsruhe, wo das Verfassungsgericht sitzt. Dieses fordere in seinen Urteilsprüchen eine "lebendige Demokratie", argumentiert er. Eine solche setze aber "hinreichende Kommunikationsmöglichkeiten, insbesondere die Spracheinheit voraus".³⁸ Ohne gemeinsame Sprache könne eine europäische Demokratie bestenfalls eine formale bleiben: "Allein Wahlen machen noch keine Demokratie aus, wenn sie auch der Kern der Demokratie sind. Zur Demokratie gehört die gelebte Öffentlichkeit."

Damit ist der nationalliberale Jurist glücklich bei einem Schlüsselbegriff angelangt, dessen Bedeutung für die politische Diskussion nur schwer überschätzt werden kann. Eingeführt hat diesen vor 50 Jahren der deutsche Philosoph Jürgen Habermas, der sich mit einer Schrift über den "Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit" habilitierte.

Seither wird in akademischen Zirkeln wie manisch über Öffentlichkeit diskutiert, nicht nur von Anhängern der Kritischen Theorie. In dieser nur dem Ursprung nach "linken" Diskussion stehen nur wenige Themen grundsätzlich außer Streit - wie beispielsweise, dass eine wie immer definierte Demokratie auf eine einigermaßen intakte "Öffentlichkeit" angewiesen ist. Denn erst über diese können sich die politischen Subjekte ein Urteil bilden, miteinander in Verbindung treten und politische Macht erlangen.

Oft beklagt man, dass die kritische Publizistik verschwunden und stattdessen eine kommerzialisierte Medienindustrie entstanden sei. Andere wie die amerikanische Feministin Nancy Fraser machen geltend, dass Minderheiten, Frauen und Arme so weit abseits stünden, dass sie nicht einmal Zugang zur bürgerlich-liberalen Scheinöffentlichkeit hätten.³⁹

Sie meint dabei auch die heutige "public sphere", die "liberale" und "bourgeoise" Öffentlichkeit in herkömmlichen, national organisierten Gesellschaften, die immerhin auf einer gemeinsamen Sprache aufbaut. Fraser kritisiert Habermas, weil er keinen "alternativen, postbourgeois" Begriff der Öffentlichkeit entwickelt, und weil er "vergisst", dass aus der von ihm beschriebenen, alles überspannenden bürgerlichen-maskulinen Öffentlichkeit große Gruppen ausgeschlossen waren, sogar privilegierte Frauen.

Fraser und die von ihr zitierten Autorinnen liegen damit nicht falsch. Als politische Antwort propagiert die Politologin viele Gegenöffentlichkeiten, in denen Nichtprivilegierte eine eigene Perspektive entwickeln können. Paradebeispiel für eine solche unterdrückte Gegenöffentlichkeit ist für sie die feministische Subkultur des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Ob die Wahl dieses Beispiels überzeugend ist, sei dahingestellt.

Nur: Was sagt Fraser mit ihren Überlegungen über die künftige Situation der europäischen Öffentlichkeit aus - natürlich ohne sie eigens zu thematisieren (es ist nicht ihr Thema)?

Über eine Öffentlichkeit, die heute noch nicht existiert und die - wann immer sie auf die Welt kommt - im Vorhinein eine noch größere Gruppe als die Frauen ausschließen wird: die der nicht (entsprechend) Sprachkundigen?

Wenn die Feministinnen - eloquente, unabhängige und oft gut bezahlte Akademikerinnen - das Paradebeispiel für eine unterdrückte Gruppe sind, die aus der Mainstream-Öffentlichkeit

³⁸ Ebd., S. 146

³⁹ Siehe z.B. Nancy Fraser, Rethinking the Public Sphere: A contribution to the Critique of actually existing democracy

ausgeschlossen worden ist - wer oder was sind dann die Hunderten Millionen Europäer(innen), die nicht einmal theoretisch eine englisch- oder französischsprachige europäische Zeitung lesen können? Werden diese dann auch Gegenöffentlichkeiten bilden müssen, in denen sie sich in ihrer Muttersprache über die europäischen Dinge informieren können und wo sie demokratisch und "von unten" ihre Sichtweise geltend machen können?

Paneuropäische Medien - ein glatter Fehlstart

Zwei Jahrzehnte nach der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht sind eine europäische Öffentlichkeit oder auch nur übernational ausgerichtete Medien nicht einmal in Ansätzen vorhanden. Fortschritte in diesem Bereich sind nicht einfach mager, sie sind inexistent – ebenso wie bis heute die erhoffte berufliche Mobilität ausgeblieben ist.

Der größte Unterschied zu früher besteht noch darin, dass das Internet erwachsen geworden ist und dass spezielle Plattformen entstanden sind, auf denen verschiedensprachige Menschen kommunizieren, die von einem bestimmten Interesse oder einer besonderen Weltsicht verbunden werden. Dort, wo sie eine sprachliche Gemeinsamkeit finden, nehmen aber auch z.B. Personen aus Australien oder Indien daran teil.

An Versuchen, auf ein breiteres Publikum ausgerichtete klassische europäische Medien zu schaffen, hat es nicht gemangelt. Diese sind wegen zu geringer Akzeptanz bei Lesern und Inserenten aber schnell eingestellt worden. Für diese Versuche charakteristisch war die Wochenzeitung „The European“ des britischen Mediensachverständigen Robert Maxwell. Sie wurde den in sie gesetzten hohen Erwartungen nicht gerecht und wurde 1998 sang- und klanglos eingestellt.⁴⁰

Andere Medien wie der in Lyon sitzende Nachrichtensender „Euronews“ haben zwar überlebt, hängen wirtschaftlich aber an der Infusionsflasche öffentlich-rechtlicher Stationen bzw. werden direkt von der Union finanziert.⁴¹ Trotz meist beeindruckender technischer Reichweiten hält sich der reale Erfolg solcher Projekte aber in Grenzen.

Ein 2011 erschienener Aufsatz über paneuropäische Medien⁴² analysiert sechs in Brüssel erscheinende Publikationen, die sich auf ein aus Eurokraten, Diplomaten, und Lobbyisten bestehendes Publikum spezialisiert haben.

Es handelt sich um drei Zeitungen und drei Webseiten. Das wichtigste der analysierten Printprodukte ist eine Wochenzeitung mit einer verbreiteten Auflage von 15.600 Stück, die zu nur 16 Prozent außerhalb Belgiens gelesen wird. Zum Vergleich: Die verkaufte Auflage von „profil“, einem kleinen Nachrichtenmagazin in einem kleinen EU-Land, ist mehr als viermal so hoch.

Die größten „europäischen“ Printmedien sind ein paar Agenturen und englischsprachige Zeitungen, die hauptsächlich von der über die Länder verstreuten „business community“ gelesen werden. Eine Ausnahme in dieser Kategorie ist die International Herald Tribune (IHT), die ein generelles Publikum anspricht. Obwohl die IHT immerhin 58 Prozent ihrer Auflage in Europa

⁴⁰ http://en.wikipedia.org/wiki/The_European_%28newspaper%29

⁴¹

<http://www.theparliament.com/latest-news/article/newsarticle/eu-triples-its-financial-contribution-to-euronews/#.U13p1rSfuS>

⁴² Peter J. Varga, Pan-European Media, Attempts and Limitations

macht, scheint sich ihre Berichterstattung nicht besonders auf den alten Kontinent zu konzentrieren.

Ganz ähnlich sieht die Situation beim Fernsehen aus. Von Euronews abgesehen, ist keine einzige paneuropäische Fernsehstation entstanden, die diesen Namen verdient.

Der 1992 aus der Taufe gehobene deutsch-französische Sender Arte kommt diesem Bild vielleicht noch am nächsten. Er hat sich zu einem anspruchsvollen Nischen-Kanal entwickelt. Aber obwohl er politische Protektion genießt, wird er nur von so wenigen Leuten gesehen, dass ihn der Begriff des „Narrowcasting“⁴³ am besten charakterisiert. Obwohl Arte in fast allen Kabelnetzen vorhanden ist und von 90 Prozent der deutschen Haushalte empfangen werden kann, kommt es dort nur auf Marktanteil von 0,6 Prozent.⁴⁴

Ein „Télé Maastricht“, von dem anfangs manche fantasierten, wollte Arte nie sein. Der in Straßburg sitzende Sender will zwar Barrieren zwischen Deutschen und Franzosen abbauen, sieht es aber nicht als seine Aufgabe an, ein „künstliches europäisches Programm zusammenzustellen“ oder gar ein politisches Projekt zu bewerben.

Die von den nationalen Medien nach Brüssel geschickten Journalisten haben mit europäischer Berichterstattung bzw. einer europäisierten Nachrichtenagenda noch weniger am Hut. Sie gehen üblicherweise Geschichten nach, von denen sie glauben, dass sie für Franzosen, Spanier oder Iren interessant sind oder sie interviewen Politiker, die daheim gewählt werden müssen. Dass ein Interview in Brüssel stattgefunden hat, lässt sich höchstens daran erkennen, dass im Hintergrund der Berlaymont oder der Triumphbogen im Jubelpark zu sehen sind. Derlei lässt sich aber genauso gut mit einer Kulisse aus Pappendeckel erreichen.

Die Themenfindung der nationalen Journalisten folgt in der Regel nicht jener, die sich die europäistischen Medienstrategen wünschen würden. Was für das eine Heimatpublikum ein Thema ist, ist es für das andere nicht. Vergisst ein Journalist einmal längere Zeit, dass er für ein nationales Publikum schreibt, wird er von seinem Chefredakteur dezent daran erinnert.

Dabei wird oft die legendäre Gründerfigur eines deutschen Privatsenders zitiert: „Der Wurm muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler“, hatte der Mann, ein Österreicher, gesagt. Würden die Journalisten nur das thematisieren, was die Besatzung des „Raumschiffs Brüssel“ für wichtig erachtet, würden sie noch stärker an ihren Lesern „vorbeischreiben“ als dies ohnedies der Fall ist.

Wer sich Zugang zur mittäglichen Pressekonferenz der Kommission verschafft, kann sich selbst davon überzeugen, dass es keine europäische Öffentlichkeit gibt. Das Prozedere beginnt damit, dass die Pressesprecher - und manchmal ein Kommissar selbst - den Journalisten jene Themen servieren, die ihnen selbst Anliegen sind: Neue Direktiven, Studien, Entscheidungen in Wettbewerbs-Causen, aktuelle Staatsbesuche, etc.

Danach stellen die Medienleute Fragen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, beziehen sich diese auf Dinge, die im Kontext einer nationalen Öffentlichkeit interessant sind. Das gilt im Regelfall auch für ständige Korrespondenten, die ansonsten schwer „proeuropäisch“ sind und die - würde man sie lassen - dem „Agenda Setting“ ihrer Gesprächspartner folgen würden.

Doch auch sie agieren letztlich als Vertreter nationaler Medien. Ausnahmen sind manchmal

⁴³ <http://en.wikipedia.org/wiki/Narrowcasting>

⁴⁴ Nora Berning, The Cultural Television Channel Arte, 2010, <http://wjfms.ncl.ac.uk/BERNINGF.pdf>, S.5

Journalisten von internationalen Qualitätszeitungen oder spezialisierten Publikationen, beispielsweise Wirtschaftsblättern.

Wer dagegen einen wirklich europäisierten Journalistenstand bei der Arbeit sehen will, nimmt bei einem der halbjährlich stattfindenden Gipfel des Europäischen Rats teil. In der Halle des Lipsius-Gebäudes warten an die 300 Medienleute auf ein Schlusskommuniqué und versuchen allenfalls, von nicht zitablen Quellen telefonisch noch ein paar zusätzliche Informationen in Erfahrung zu bringen. Die tags drauf erscheinenden Berichte gleichen sich in der Regel auch wie ein Ei dem anderen.

Noch vielsagender ist die Szenerie am Beginn eines solchen Gipfels, wenn die schwarzen Wagen mit den Politikern vorfahren. Hinter einer Absperrung wartet eine dicht gedrängte Meute, die den Ankommenden Fragen zuwirft und dabei auf Informationen z.B. über veränderte Verhandlungspositionen hofft - eine Praxis, die „Doorstepping“⁴⁵ genannt wird.

Anfangs mochte das noch einen journalistischen Sinn gehabt und überraschende Resultate zeitweilig haben - der Vorgang ist heute aber zu einer Kulisse für die Gipfelteilnehmer degeneriert. Es ist ein Ritual, das Bedeutsamkeit inszeniert, wo keine ist. Ein boshafter Mensch aus dem Tross eines Politikers hat die um den Hintereingang herumlungenden Journalisten einmal mit bezahlten Beifallklatschern im Theater verglichen.

Seit klar geworden ist, dass sich die Hoffnungen auf die Entstehung europäischer Medien nicht so rasch erfüllen werden, versucht man, die nationalen Medien zu europäisieren, beispielsweise durch die Platzierung „europäischer Themen“, die meist mit deutlicher Schlagseite aufbereitet werden. Ministerien, Verbände und Kammern finanzieren „aufklärerische“ Serien (die oft von „echten Journalisten“ im guten Glauben verfasst werden).

Oder die Kommission und ihre Freunde schalten gleich sogenannte Advertorials, vom Auftraggeber getextete Annoncen, die in ihrer Aufmachung kaum von einem redaktionellen Text zu unterscheiden und die - wenn überhaupt - oft nur versteckt gekennzeichnet sind. Dies ist nur scheinbar eine publizistische Mischform. Es wird meist nicht einmal der Anschein einer journalistischen Distanz gewahrt und daran ist im Prinzip auch nichts auszusetzen. Werbung ist Werbung.

Normale Werbung, Advertorials, gesponserte und reguläre Berichterstattung werden oft in Paket-Deals mit dem Geschäftsführer vereinbart; die Chefredakteure sind - so keine Personalunion besteht - bei diesen Sitzungen normalerweise nicht dabei.

Die damit generierten Einnahmen sind aber oft existenziell wichtig und die Blattmacher tragen das Ihre zur Erfüllung dieser Deals bei. Meistens ist dafür keine große Selbstverleugnung erforderlich, denn ein Gutteil der Medienleute hat bis heute nicht verstanden, dass ihre Loyalität nicht „Europa“, sondern einem Konzept gilt, das ihre Lesern wieder zu Untertanen macht.

Andere Journalisten mögen das ahnen, stehen den damit verbundenen politischen Gretchenfragen aber gleichgültig gegenüber und erwarten, dass sich die Europa-Ideologie über kurz oder lang durchsetzen wird.

Im staatlichen (öffentlich-rechtlichen) Fernsehen läuft die Sache etwas anders ab, das Resultat ist aber ähnlich. Dort ist die gewünschte Berichterstattung nur im Ausnahmefall direkt mit zusätzlichen Werbeeinnahmen verbunden. Der Punkt, an dem die Propagandisten den Hebel

⁴⁵ <http://hosbeg.com/doorstep-or-doorstepping-in-journalism/>

ansetzen, ist das dicht geflochtene Netz aus Abhängigkeiten und Gefälligkeiten, mit denen mittlere und obere Redakteure mit Politik und Interessensgruppen verbunden sind. Eine beträchtliche Rolle spielen oft nur verhüllt geäußerte Ankündigungen/Androhungen, dem Unternehmen bei nächster Gelegenheit nützlich oder schädlich zu sein.

Die Themen, die die Journalisten aufgreifen (müssen), sprengen nicht selten das Verständnis, fast immer aber deren Möglichkeiten, die gebotenen Inhalte nach den Regeln des Gewerbes herzurichten („Dramatisierung, Personalisierung“). Ein guter Teil der Inhalte aber ist, weil für 99 Prozent der Leser irrelevant, auch bei bestem Willen „nicht vermittelbar“.

Ältere Redakteure haben sich üblicherweise mit dem Job ausgesöhnt, in dem sie gelandet sind und verhalten sich nicht mehr so „zickig“ wie manche ihrer jüngeren Kollegen. Sie wissen den Schein vom Sein ihres Geschäfts besser zu unterscheiden, sind zynischer; in anderer Hinsicht sind sie aber doch die „schwierigere Kundschaft“.

Dann nämlich, wenn sie glauben, zu Hervorbringungen gezwungen zu werden, die ihr (imaginiertes) Publikum überhaupt nicht interessieren.

Dann kann etwas wie eine offene Rebellion aufflammen - gegen jede wirtschaftliche und politische Vernunft, wie ihre Vorgesetzten klagen: „Der ist seit 20 Jahren im Geschäft, und will nicht kapieren, dass wir zuerst verdienen müssen, was wir ihm 15 Mal im Jahr auszahlen.“

Solcher Aufruhr kann überall entstehen, wo ein Medium Geschäftspartnern oder Eigentümern verpflichtet ist - die EU-Coverage ist aber besonders anfällig. Ein Grund dafür ist, dass beträchtliche Teile der ohnedies ständig abbröckelnden Stammleserschaft inzwischen der Meinung sind, eine zu umfangreiche und vor allem unkritische Berichterstattung serviert zu bekommen.

Das widerspricht zwar der Wahrnehmung der EU-Freunde, ist aber ein demoskopisches Faktum aus dem Eurobarometer. Die Europäisten glauben trotzdem, von „den Medien“ im Allgemeinen und dem „Boulevard“ im Besonderen schlecht behandelt zu werden.

Zwei Drittel der Befragten geben immerhin an, mit der Berichterstattung zufrieden zu sein, vom unzufriedenen Rest aber glauben deutlich mehr an die rosarote Brille als daran, zu kritisch informiert zu werden. Das Fernsehen gilt als speziell unkritisch. Dort beklagen sich 24 Prozent über eine zu positive und nur 4 Prozent über eine zu negative Berichterstattung.

Dass eine Mehrheit inzwischen glaubt, dass genug über die Europäische Union berichtet wird, ist ein echter Gezeitenwechsel. Um die Verwirrung perfekt zu machen, meinen 68 Prozent aber, sie seien zu wenig über „Europa“ informiert.⁴⁶

All das scheint widersprüchlich. Aber wenn dieser Befund überhaupt einen Sinn ergibt, dann den, dass das Geschreibsel am Publikum vorbeiläuft. Wenn das Angebot mehrheitlich als objektiv und ausreichend empfunden wird und gleichzeitig riesige Informationsdefizite bestehen, kann das eigentlich nur bedeuten, dass die Berichte als so uninteressant oder irrelevant empfunden werden, dass niemand Zeit für sie opfern will.

⁴⁶ http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb78/eb78_media_en.pdf

Lingua Franca gesucht

Anders als etwa eine absolute Monarchie bräuchte ein irgendwie demokratischer europäischer Staat eine gemeinsame Sprache, in der dessen Einwohner miteinander kommunizieren können.

Ein solches Idiom müsste zahlreichere Funktionen haben und von viel mehr Menschen gesprochen werden als das bei den Amtssprachen⁴⁷ der Fall war, die sich im 18. Jahrhundert um die höfischen Schreibstuben entwickelt haben. Benötigt würde eine weit verbreitete „Lingua Franca“, eine Verkehrssprache, die auch die Bedürfnisse der Verwaltung, sondern auch die der angestrebten mobilen Massengesellschaft des 21. Jahrhunderts erfüllen kann.

Sie müsste es beispielsweise ermöglichen, einen europäischen Arbeitsmarkt ohne Barrieren zu entwickeln - das ist ja nicht irgendein, sondern ein wesentliches Ziel des ganzen Prozesses. Und weil die Europäer nicht nur überall arbeiten, sondern sich auch überall niederlassen und leben dürfen, sollte diese Sprache in der Öffentlichkeit im öffentlichen Raum eine gewisse Präsenz haben - zumindest, wenn sie gebraucht wird. Das würde von der Allgemeinbevölkerung Sprachfähigkeiten erfordern, die z.B. mit denen von Handelsangestellten in Tourismuszonen vergleichbar sind.

Mit ihren 28 Mitgliedsstaaten und 24 Amtssprachen⁴⁸ scheint die Union aber noch Jahrzehnte von der Entwicklung eines solchen Bindeglieds entfernt.

Für eine gemeinsame Verkehrssprache stünden theoretisch auch künstliche Sprachen wie Esperanto zur Auswahl. Die ist zwar logisch konstruiert und relativ leicht zu erlernen - aber der Widerstand gegen den von oben erzwungenen Erwerb einer künstlichen Sprache wäre wohl enorm.

Andere, natürliche Idiome, sind zwar weniger logisch, sie hätten aber den Vorteil einer bereits großen Zahl von „Muttersprachlern“ - kommen paradoxerweise aber genau deswegen nicht in Frage.

So wird es politisch kaum möglich sein, Französisch, Deutsch oder gar beide zu offiziellen Verkehrssprachen zu erklären. Zu groß wäre die Angst der anderen, sich in ein Gemeinwesen eingliedern zu müssen, das nur auf eines oder beide dieser Staatsvölker zugeschnitten ist.

Europa hat in seiner Geschichte bisher zwei Verkehrssprachen gehabt, die deren Kenntnis aber auf relativ kleine soziale Gruppen beschränkt war: Latein und Französisch. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich mit dem Englischen eine dritte Verkehrssprache herausgebildet und schon aus rein pragmatischen Gründen wird man nicht um sie herumkommen - auch wenn die Briten eines Tages aus der Union austreten sollten (vielleicht erleichtert das die Wahl sogar).

Will man eine Entscheidung mit dem größten Nutzen für die Mehrheit treffen, wäre das jedenfalls die logische Wahl.

Glaubt man den Umfragen, nehmen die englischen Sprachkompetenzen nehmen speziell unter der jungen Bevölkerung rasch zu. Etwa die Hälfte der europäischen 15-24-Jährigen (Nicht-Muttersprachler) gibt heute an, Englisch gut oder sehr gut zu beherrschen, etwa doppelt

⁴⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Kanzleisprache>

⁴⁸ http://ec.europa.eu/languages/languages-of-europe/index_de.htm

so viele wie in den älteren Gruppen. Und 54 Prozent in der allgemeinen EU-Bevölkerung glauben, wenigstens eine Fremdsprache gut genug zu beherrschen, um eine Konversation führen zu können. 70 Prozent der Österreicher geben an, wenigstens eine Fremdsprache zu beherrschen.

All das sind Ergebnisse, die eher außerordentlich selbstbewusste Einschätzungen der eigenen Fähigkeiten als tatsächliche Sprachkompetenzen widerspiegeln.

Mehr als mit der Schweiz oder Belgien ist die heutige europäische Situation mit Indien zu vergleichen, wo es zwei große (heimische) Sprachgruppen, 23 (größere) Sprachen und etliche Dutzend regionale Idiome gibt.

In sprachlicher Hinsicht ist Indien vielleicht nicht ganz, aber auf eine mit Europa vergleichbare Weise zersplittert.

Die von der früheren Kolonialmacht hinterlassene Sprache bietet dort eine Art Rückfallposition für den Fall, dass alle anderen Kommunikationsversuche fehlschlagen. Selbst heute spielt Englisch in Indien aber nur die zweite Geige. Es dient als Zweitsprache, nach Hindi, das von 41 Prozent gesprochen wird.

Englisch wird in der gebildeten städtischen Oberschicht verwendet, die aus beruflichen Gründen oft überregional agieren muss. Es ist in den Städten allgegenwärtig und seine Beherrschung ist die Voraussetzung dafür, eine höhere Ausbildung oder einen besseren Job zu bekommen. Über Englisch und Hindi, das nach der Unabhängigkeit auch in nicht indo-arischen Gebieten forciert wurde, verfügen die Inder über zwei einigermaßen belastbare "Verständigungsbrücken".

Das ist mehr als man vom halb so stark bevölkerten Europa sagen könnte. Die Europäer sind sich dieser Schwäche bewusst und sind für die Entwicklung einer gemeinsamen Verkehrssprache. Nach einer von der EU in Auftrag gegebenen Umfrage sind 69 Prozent dafür, dass die Europäer (neben ihrer Muttersprache) ein gemeinsames Idiom sprachen und 53 Prozent sollen heute schon dafür sein, dass die EU-Institutionen in nur einer einzigen Sprache mit den Unionsbürgern kommunizieren.⁴⁹

Das kommt fast schon der Forderung nach einer gemeinsamen Standardsprache gleich und ist mit ähnlicher Vorsicht zu genießen wie die Angaben zu den eigenen Sprachfertigkeiten. Es stellt sich die Frage, ob diese Ergebnisse valide sind - und wenn sie es sind: was die Befragten bei einer solchen Antwort im Sinn gehabt haben. Möglicherweise stecken dahinter Sparsamkeitserwägungen. Dass es tatsächlich einen Mehrheitswunsch geben sollte, mit zentralen Institutionen und Behörden in einer Fremdsprache kommunizieren zu müssen, scheint wenig wahrscheinlich.

Im Großen und Ganzen lässt sich ganz gut abschätzen, was es zum Beispiel bedeuten würde, wenn die heutige EU eine gemeinsame Standardsprache einführen und dabei die „logische Wahl“ treffen würde: Die folgende Überschlagsrechnung beruht auf 450 Millionen sprachfähigen EU-Bürgern.

70 Millionen Briten und Iren wären kompetente Sprecher und würden eine Art sprachliche Oberschicht bilden, die sich ohne grammatikalische und syntaktische Fehler, Einschränkungen im Wortschatz oder einen (sozial schädlichen) Akzent artikulieren könnte. Eine ähnliche Situation ist am Arbeitsmarkt in den oberen Segmenten bereits heute die Regel, spielt aber z.B.

⁴⁹ Siehe Special Eurobarometer 386, S. 110, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_386_en.pdf

bei Technikern und Ingenieuren keine wirklich entscheidende Rolle.

38 Prozent der Nicht-Muttersprachler geben an, Englisch gut genug sprechen zu können, um sich unterhalten zu können.⁵⁰

Das ergibt ein wild optimistisches Bild, das höchstens in ein paar skandinavischen Ländern der Wirklichkeit nahekommen mag. Bei der - ebenfalls wild optimistischen - Annahme, dass 85 Prozent von diesen fließend, wenn auch nur mit Akzent, sprechen können, würde das weitere 130 Millionen Menschen ohne gravierende sprachliche Behinderung ergeben; „non native speakers“ mit Fehlern in Grammatik und Wortwahl und Eigenheiten in Aussprache, denen man vielleicht die geographische Herkunft eines Sprechers wird erschließen können - aber kompetente Sprecher trotzdem.

In dieser Modellrechnung würden 200 Millionen kompetente Sprecher 250 Millionen gegenüberstehen, die man zu Bürgern dritter Klasse degradieren würde, weil sie die europäische Verkehrssprache wenig oder gar nicht beherrschen.

Dass die letzte Gruppe in einer schwierigen Situation wäre, braucht nicht besonders erläutert werden. Der Anteil dieser Einigungs-Loser würde zwar mit der Zeit abnehmen. Diese würden aber nicht wirklich schnell verschwinden, wie das indische Beispiel nahe legt. Dort sprechen 400 Jahre nach dem Entstehen der East India Company und 150 Jahre nach dem (formellen) Beginn der Kolonialherrschaft noch immer weniger als die Hälfte Englisch. Wie auf dem Subkontinent würde auch in der EU eine ganz neue Dienstleistungsbranche entstehen - des Englischen mächtige Auftragsschreiber, die Privaten und kleinen Geschäftsleuten beim Abfassen ihrer Korrespondenz helfen.

Doch auch die sprachliche Mittelklasse hätte ein sprachliches Problem. Dieses ähnelt jenem, das die US-Amerikanerin Rosina Lippi-Green in ihrem Klassiker „English with an Accent“ beschreibt. Die Autorin nimmt sich in ihrem Buch der Akzente der Immigranten aus Lateinamerika und Asien an und vergisst auch die Dialekte und Gruppensprachen angestammter US-Bürger nicht (Afroamerikaner, Südstaatler, Hawaiianer).

Ihr Hauptbefund: Obwohl nur wenige aus den beschriebenen Gruppen ein wirkliches Verständigungsproblem haben, sprechen sie keine Standardsprache und werden deswegen in der einen oder anderen Form zurückgesetzt: in der Schule, am Arbeitsplatz und bei den Behörden.

Lippi nennt dies „language subordination“, Unterordnung durch Sprache. Ob bewusst oder unbewusst, böswillig oder nicht - der Sprachgebrauch wird als Mittel der sozialen und beruflichen Auswahl eingesetzt - in den USA und auch in Europa. Dagegen helfen weder Demonstrationen noch Antidiskriminierungsgesetze.⁵¹

In den USA betrug 2008 die (offizielle) Zahl jener, die bei sich daheim kein Englisch sprechen, 55 Millionen.⁵² Das sind 17 Prozent der Bevölkerung; mit der Dunkelziffer mag sich dieser Anteil auf vielleicht 25 Prozent erhöhen (er kann aber auch geringer sein). In Europa betrüge der Anteil der „Englischsprecher mit Akzent“ wohl in jedem Fall bis zu 25 Prozent.

Das heißt: In einer EU, die sich für ein „kontinentaleuropäisches Englisch“ als

⁵⁰ http://ec.europa.eu/education/languages/pdf/doc3275_de.pdf, S.5

⁵¹ Soweit die die fehlenden Sprachkenntnisse notwendig sind, um eine bestimmte Arbeit zu erledigen oder vom Lehrplan geforderte Aufgaben zu lösen, erfolgt diese "Diskriminierung" natürlich aus einem guten Grund.

⁵² Rosina-Lippi-Green, English with an Accent, 2012, S.251

Verkehrssprache entschieden hätte, würde der Anteil sprachlich Gehandicapter zusammen gut 80 Prozent betragen. Es stellt sich die Frage, ab welchem Punkt (und ob überhaupt) die Europäer bereit sind, im eigenen Land eine solches Ausmaß von sprachlicher Unterordnung hinzunehmen - vor allem die dritte Gruppe, die der gemeinsamen Verkehrssprache gar nicht mächtigen, vollkommen Ausgesperrten.

Eine solche Situation hätte nicht einfach vorauszusagende, aber wohl schwerwiegende politische und mentalitätsmäßige Folgen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hat der altösterreichische Wirtschaftstheoretiker Ludwig von Mises einen Satz geschrieben, mit dem er begründete, warum sich die Herrschaft der Mehrheit nur für sprachlich homogene Gebiete eignet. Er lautet folgendermaßen: "In mehrsprachigen Territorien ist daher die Einführung einer demokratischen Verfassung nicht gleichbedeutend mit der Einführung von demokratischer Selbstbestimmung. Die Herrschaft der Mehrheit bedeutet hier etwas ganz anderes als in national gleichförmigen Gebieten; für einen Teil des Volks ist sie nicht Volksherrschaft, sondern Fremdherrschaft."⁵³

Das war natürlich auf die soeben militärisch, aber schon viele Jahre politisch gescheiterte Doppelmonarchie gemünzt. Er gilt aber genauso für einen EU-Bundesstaat, selbst wenn dieser formal demokratisch verfasst sein sollte. Der Bevölkerungsanteil, der ein europäisches Regime und die von ihm durchgesetzte Verkehrssprache als Fremdherrschaft im Sinn von Mises empfindet, würde 50 Prozent jedenfalls weit übersteigen.

⁵³ Ludwig von Mises, Nation State and Economy, 1919/1983, S. 77